

Gemeinsam!

gegen Sozialabbau, Privatisierung und Arbeitsplatzvernichtung

Vier Milliarden Miese bei der Bankgesellschaft Berlin – oder doch noch ein paar Milliarden mehr? Jede Woche neue Enthüllungen über das Ausmaß der Krise in Berlin. Ganz nach dem Motto „Gewinne privatisieren – Verluste sozialisieren“ werden alle Defizite der Bankgesellschaft großzügig vom Landeshaushalt übernommen, die privaten Anteilseigner NordLB und Parion halten sich vornehm zurück. Mit „Missmanagement“ oder „Unfähigkeit“ der beteiligten Politiker hat das Ganze wenig zu tun. Die Krise ist ganz einfach das Ergebnis systematischer, jahrelanger Korruption, Vetternwirtschaft und Abzockerei unter der Großen Koalition. Jetzt wird die Rechnung präsentiert! Aber wem? Den korrupten Politikern und Funktionären? Den Unternehmen und Spekulanten, die von öffentlichen Geldern stinkreich geworden sind? „Nicht doch!“ sagen die etablierten Parteien, „schmerzhafte Einschnitte“ seien notwendig um die Krise zu bewältigen. Aber weh tun sollen sie uns! Auf uns, auf die Arbeitenden und Arbeitslosen, auf Jugendliche und RentnerInnen sollen die Folgen der Krise abgewälzt werden.

von Daniel Behruzi,
Kandidat der SAV zur BVV Pankow

Alle Parteien überbieten sich mit Vorschlägen, wie und wo auf Kosten der „kleinen Leute“ gekürzt werden sollte. Die Arbeitsplatzvernichtung im Öffentlichen Dienst soll noch einmal beschleunigt werden. Von 15.000 (SPD) und 17.500 (Grüne) oder sogar noch mehr zu vernichtenden Arbeitsplätzen ist die Rede. 61.000 Arbeitsplätze sind allein im Öffentlichen Dienst seit 1992 bereits vernichtet worden, zu Lasten der Beschäftigten, die mit erhöhtem Arbeitsdruck fertig werden müssen, der Jugendlichen, denen immer weniger Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, und zu Lasten aller Berlinerinnen und Berliner, denen immer schlechter werdende öffentliche Dienstleistungen zugemutet werden. Das ist nicht nur unangenehm sondern in einigen Fällen eine Frage von Leben und Tod. So braucht der Rettungsdienst der Feuerwehr wegen Personalabbau (550 Stellen in fünf Jahren) heute durchschnittlich acht Minuten bis zum Einsatzort, vor zehn Jahren waren es noch fünf!

Obwohl das im Wahlkampf nicht offen zugegeben wird, soll nun auch vor betriebsbedingten Kündigungen nicht mehr halt gemacht werden, trotz „Beschäftigungssicherungsvertrag“ bis 2004.

In der Region Berlin sind schon jetzt 510.000 Menschen arbeitslos. Trotzdem geht der Personalabbau in allen Bereichen weiter: Bei der Bankgesellschaft Berlin, dem größten Arbeitgeber der Stadt

sollen 4100 Stellen wegfallen. Die Unikliniken müssen bis 2005 145 Millionen einsparen, wodurch allein in der Charité 1850 Arbeitsplätze gefährdet sind. Die unter anderem von SPD-Bürgermeister Wowereit betriebene Fusion der BVG mit der (zur Deutschen Bahn gehörenden) S-Bahn wird neben schlechterer Entlohnung der BVGLer den Abbau von 4000 Arbeitsplätzen zur Folge haben.

Sozialer Kahlschlag

Bei Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen, der Drogenhilfe, und im Öffentlichen Verkehrswesen soll die Kürzungsschraube noch einmal kräftig angezogen werden. Dabei fehlt jetzt schon überall das Geld! Der Plan der Berliner Bäderbetriebe (BBB), zwölf Hallenbäder und sechs Frei- und Sommerbäder dicht zu machen ist zwar auf Druck der Politiker auf nach den Wahlkampf verschoben worden, wird aber wohl dennoch stattfinden. Es wird diskutiert, die Arbeitszeit für Beamte zu verlängern. Die Kürzungsmaßnahmen beim Krankenhauskonzern Vivantes, dieses Jahr allein 150 Millionen, haben schon zu Standortschließungen geführt.

„Bildung ist unsere Priorität“, sagen alle Parteien. Wer will da widersprechen nach jahrelangen Kürzungen an Schulen und Hochschulen? Mit großem Medienrummel hat der Übergangssenat die Einstellung von 1281 Lehrerinnen und Lehrern bekannt gegeben. Der einzige Haken ist, dass damit auch nur etwa die Zahl der aus dem Dienst ausscheidenden LehrerInnen ausgeglichen wird. Bei den Hochschulen wurde dagegen eine 20prozentige Gebührenerhöhung für Studierende und weitere Einsparungen an den Universitäten beschlossen.

Privatisierung

Der Diebstahl an öffentlichem Eigentum, sprich: Privatisierung, soll beschleunigt fortgesetzt werden: Bewag, Gasag, Wasserbetriebe, Wohnungsbaugesellschaften sind schon in den letzten Jahren ganz oder teilweise privatisiert worden. Zuletzt wurde das Krankenhaus Buch für läppische 38 Millionen Mark verschleudert. 1200 von 3000 Arbeitsplätzen sollen dort vernichtet werden. Jetzt geht es an die Unikliniken und weitere Krankenhäuser, die zum Teil ganz geschlossen werden sollen. Privatisierung geht zu Lasten von uns allen: Arbeitsplätze werden vernichtet, die Löhne gesenkt und die Dienstleistungen werden schlechter und teurer. Leider will auch die PDS alles privatisieren, was nicht niet- und nagelfest ist.

So will sie „die Überführung einzelner Behörden und Einrichtungen in neue öffentliche und private Rechtsformen mit dem Ziel der Rationalisierung ... prüfen.“

Fortsetzung auf Seite 2

- ⇒ Nein zu Sozialkürzungen, Stellenabbau und Privatisierung! Stattdessen: Öffentliches Investitionsprogramm in Bus und Bahn, Bildung und Ausbildung, Wohnen, Kinderbetreuung, Gesundheitswesen, Freizeit- und Sporteinrichtungen.
- ⇒ Für einen bedarfsgerechten Haushalt, finanziert aus den Gewinnen und Vermögen der Superreichen!
- ⇒ Keine Pensions- und Übergangszahlungen an die für die Krise verantwortlichen Politiker! An Korruption und Vetternwirtschaft beteiligte Politiker und Unternehmer müssen mit ihrem Vermögen für die angerichteten Schäden haften!
- ⇒ Wo ist das Geld hin?: Vollständige Offenlegung der Geschäftsbücher der Bankgesellschaft, ihrer Tochterunternehmen und aller Unternehmen, bei denen Investitionen und Kredite versickert sind! Demokratische Kontrolle und Verwaltung über alle landeseigenen und vom Land betriebenen Gesellschaften und Unternehmen!
- ⇒ Bildung einer öffentlich tagenden Untersuchungskommission aus gewählten VertreterInnen der arbeitenden Menschen um den Berliner Korruptionssumpf endlich trockenenzulegen!
- ⇒ Massive Erhöhung der Gewerbesteuer für Großkonzerne und Banken!
- ⇒ Stop aller Prestigeprojekte wie Großflughafen, Tiergartentunnel, Ausbau der Stadtautobahn oder Lehrter Stadtbahnhof
- ⇒ Erhöhung der Bundeszuschüsse, finanziert aus den Gewinnen der Konzerne!
- ⇒ Jeden Tag schenkt Berlin den Banken 11,2 Millionen Mark. Deshalb: Sofortige Einstellung der Zinszahlungen an die Banken!
- ⇒ Überführung der Banken und Großkonzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung!

BVV Pankow



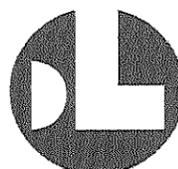
SAV

**Sozialistische
Alternative**

wählen

Abgeordnetenhaus

1. und 2. Stimme



**Demokratische
Linke**

wählen

Das gleiche gilt für städtische Unternehmen, Wohnungen, Bäder und die Flughafen-Holding.

Keine Alternative zur Kürzungspolitik?

Alle Politiker sagen: „Es ist kein Geld da, wir müssen sparen“. Die SAV sagt: Geld ist jede Menge da, es ist nur in den falschen Händen! Während sich die Banken, Unternehmer und Spekulanten dumm und dusselig verdienen ist kein Geld da für die allernötigsten öffentlichen Dienstleistungen?! Die

Gewerbesteuererträge in Berlin liegen unter denen anderer Großstädte. Dabei wird in Berlin jede Menge investiert und verdient: In Mitte wurde seit der Vereinigung für die enorme Summe von 150 Milliarden Mark Luxushotels, Botschaften, Banken und Bürokomplexe aus dem Boden gestampft. Die riesigen Gewinne und Vermögen der Großkonzerne und Banken und der korrupten Politiker müssen zur Finanzierung eines bedarfsgerechten Haushalts herangezogen werden.

Gemeinsame Gegenwehr

Wir dürfen uns nicht auf eine

Diskussion einlassen, wo denn am Besten auf Kosten der Masse gespart werden kann, ob der Rotstift lieber bei Gesundheit und Soziales oder bei Bildung und Kultur angesetzt werden soll, ob auf Kosten alter oder junger Menschen gekürzt werden soll, ob Beamte, Angestellte, ArbeiterInnen oder Arbeitslose für die Krise zahlen müssen. Dieppen sagt „eine neue Qualität des Sparens“ sei notwendig. Dem entgegen wir: Eine neue Qualität der Gegenwehr ist notwendig! Der großen Kürzungs-Koalition aus allen Parteien müssen wir eine breite Koalition des Wider-

stands entgegensetzen. Beschäftigte im Öffentlichen Dienst und dessen NutzerInnen, Studierende, SchülerInnen und Lehrende, Arbeitslose und ArbeiterInnen, nur wir alle gemeinsam können den Kürzungspolitikern erfolgreichen Widerstand entgegen setzen. Schon in den letzten Monaten hat es immer wieder Widerstand gegeben: AnwohnerInnen haben gegen den Großflughafen Berlin-Brandenburg mobilisiert. Die Beschäftigten im Krankenhaus Moabit kämpfen seit langem gegen die Schließung. Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen haben immer wie-

der gegen Kürzungen im Bildungsbereich protestiert. Zuletzt demonstrierten Eltern und GEW gegen Stellenabbau bei den Kitas. Sie alle haben bereits begonnen ihre Wut auf die Straße zu tragen. Jetzt gilt es den Widerstand in allen Bereichen gegen die angekündigten und zu erwartenden Kürzungen aufzubauen und zusammenzubringen. Was Berlin jetzt blüht, wird sich in vielen Ländern und Kommunen wiederholen. Deshalb ist es von bundesweiter Bedeutung, dass der Kahlschlagpolitik hier und jetzt massiver Widerstand entgegengesetzt wird.

Wir schlagen vor, eine Konferenz der von Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Privatisierung Betroffenen zu organisieren um zu diskutieren, wie schlagkräftiger Widerstand gegen die Kürzungspläne organisiert werden kann. Wir sollten mit dem Protest nicht warten bis der nächste Kürzungssenat im Amt ist: Eine große Demonstration der Betroffenen und der Gewerkschaften noch im Wahlkampf würde allen Parteien klar machen: Wenn ihr die Krise auf uns abwälzen wollt, dann habt ihr mit massivem Widerstand zu rechnen!

Antje Zander, SAV-Kandidatin zur BVV Pankow und Kandidatin der DL/offene Liste zum Abgeordnetenhaus



„Blühende Landschaften haben Politiker den Menschen in Ostdeutschland vor mehr als zehn Jahren versprochen. In Berlin wird heute auf drastische Art deutlich, was uns die Wiedereinführung des Kapitalismus gebracht hat: Kaum noch Industrie, Massenarbeitslosigkeit und korrupte Politiker, die uns genauso selbstherrlich regieren wie früher die SED-Bürokraten. Damit

muss Schluss sein! Die SAV tritt ein für eine demokratische, sozialistische Gesellschaft, in der die Wirtschaft von der arbeitenden Bevölkerung selbst demokratisch kontrolliert, verwaltet und geplant wird.“

Leonie Redler, SAV-Kandidatin zur BVV Pankow und Kandidatin der DL/offene Liste zum Abgeordnetenhaus



„Unter dem Schlagwort der Globalisierung findet weltweit der Ausverkauf öffentlichen Eigentums, die Zerstörung der Sozial- und Bildungssysteme und der Umwelt statt. Gegen diese Politik des Neoliberalismus hat sich eine internationale Protestbewegung formiert. Ob in Seattle, Göteborg oder Genua, bei jedem Gipfel der Herrschenden demonstrieren Tausende. Die unsoziale Politik der etablierten Parteien hier in Berlin ist genau dieselbe wie weltweit. Wir wollen dieser Politik sowohl global als auch lokal entgegen treten. Eine andere Welt ist möglich – wenn wir sie gemeinsam erkämpfen!“



Elf Jahre Große Koalition hat den Beliebtheitsgrad der CDU nicht gerade gesteigert. Die letzte Umfrage sieht sie nur noch bei 24 Prozent. Bei den Wahlen 1999 erreichte sie noch 40,8 Prozent. Hier bereitet das Wahlvolk am Alexanderplatz den Herren von der CDU einen entsprechenden Empfang.

Wen wählen in Berlin? Die alte Große Koalition

Mit CDU und SPD stehen zwei Parteien zur Wahl, die in den elf Jahren ihrer kürzlich zerbrochenen Koalition eine stolze Bilanz des Kahlschlags aufweisen können. 61.000 städtische Arbeitsplätze wurden vernichtet, der Großteil der öffentlichen Betriebe sowie kommunale Wohnungen wurden verschleibt. Drastische Streichungen bei Bildung, Soziales, Jugend sowie Schließungen von Schulen, Kitas, Schwimmbädern und Jugendclubs gingen einher mit der Abschaffung von Kommunalsteuern für Unternehmen. 78 Milliarden Mark Kredite haben die Banken an Berlin vergeben – Geld, das irgendwann von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen erwirtschaftet wurde, und nicht von korrupten Bankvorständen. Dafür greifen sich die Banken, gemeinsam mit den SPD- und CDU-Politikern, die in den Aufsichtsräten sitzen, auch noch mehr als 11 Millionen Mark Zinsen aus den Geldbeuteln der Berlinerinnen und Berliner – und das täglich.

von Björn Speidel, Kandidat der DL/offene Liste zum Abgeordnetenhaus

SPD und CDU unterscheiden sich hinsichtlich Filz und Korruption höchstens in der Geschicklichkeit des Vertuschens. Beide Parteien betreiben eine Politik, die in allen Punkten den Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen entgegensteht. Nicht umsonst fanden in Berlin jährlich fast 1000 Demonstrationen statt, meistens gegen irgendeine neue Kürzungsidee des Senats aus SPD und CDU.

Die neue Große Koalition

Aber würde eine neue, „linke“ Koalition aus SPD, PDS und Grünen auch die Politik in Berlin verändern? Die SPD brüstet sich in ihrem Wahlprogramm erwartungsgemäß mit dem bisher erreichten Kahlschlag, und kündigt zum Beispiel den Abbau von weiteren 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst an. Die Grünen, bundesweit bereits

Hand in Hand mit Großindustrie, Militär und Atommafia, wetteifern mit der FDP um die wirtschaftsliberalsten Vorschläge und wollen zum Beispiel alleine bei den Verkehrsbetrieben 1000 Stellen abbauen sowie 40 Prozent der Krankenhaussubventionen streichen.

Auch die PDS erklärt sich, trotz ihres sozialistischen Anspruchs, bereits vor den Wahlen bereit, die Forderung der Konzernherren und Bankiers nach einer Verschärfung des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben konsequent umzusetzen – wenn sie nur mitregieren darf im neuen Senat. Nachdem sie in den letzten Jahren bereits in den von ihr geführten Bezirken ihre Bereitschaft zu aktivem Sozialabbau und Privatisierungen bewiesen hat, versucht sie jetzt SPD und CDU rechts zu überholen. Gysi warf in einer Parteitagrede SPD und CDU vor, zu zögerlich bei Privatisierungen gewesen zu sein. Das PDS-Wahlprogramm will bei der Sozialhilfe kürzen, durch „Anreize zur Arbeitsaufnahme“. Gleichzeitig sollen massiv Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Man stelle sich Gysi vor, wie er versucht den gerade gefeuerten Busfahrer zum gemeinnützigen Kippenaufsammler für 11 Mark die Stunde „anzureizen“. Zitat PDS-Wahlprogramm: „Wir sagen deutlich: Schmerzhaftes Einschnitte werden unvermeidlich sein, vieles wird sich ändern.“

Politische Alternative

Alle Parteien behaupten, es gäbe keine Alternative zu Sozialkürzungen, Arbeitsplatzabbau und Privatisierung. Deshalb die Wahl einer neuen Regierung an sich noch keine Lösung. Wir brauchen eine politische Alternative, die sich eindeutig gegen jegliche Sozialkürzungen, gegen Arbeitsplatzvernichtung und Privatisierung wendet. Die SAV tritt dafür ein, dass eine gemeinsame Liste von den von Kürzungspolitik Betroffenen, von GewerkschafterInnen und linken AktivistInnen stadtweit und in den Bezirken aufgestellt wird. Da eine solche Liste bisher nicht zustande gekommen ist, kandidiert die SAV eigenstän-

dig in den fusionierten Bezirken Pankow / Prenzlauer Berg / Weißensee bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung.

Auf Berliner Ebene rufen wir zur Wahl der offenen Liste der „Demokratischen Linken“ (DL) auf. Die DL hat sich 1999 aus ehemaligen Mitgliedern von PDS, Grünen und SPD gebildet. Auf Grundlage einer Plattform, die sich eindeutig gegen Sozialkürzungen, Privatisierung und Arbeitsplatzabbau richtet, kandidieren Mitglieder der SAV auf der offenen Liste der „Demokratischen Linken“ (DL) zu den Abgeordnetenhauswahlen.

Sozialistische Alternative

Spendenskandal und Haushaltskrise in Berlin sind keine Ausnahmereisenergebnisse. Der CDU-Spendenskandal im letzten Jahr und viele Affären in Ländern und Kommunen haben gezeigt, daß Bestechung, Vetternwirtschaft,

persönliche Bereicherung von Politikern, Spekulantentum, Geldverschwendung ein integraler Bestandteil des politischen Systems sind. Es handelt sich nicht um Fehler im System, das System selbst ist der Fehler! Deshalb brauchen wir eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir brauchen eine sozialistische Gesellschaft, in der nicht die Profite einer winzigen kleinen Minderheit, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit ausschlaggebend sind. Wir brauchen aber nicht die Diktatur einer abgehobenen Bürokratie wie früher in der DDR, sondern eine wirklich demokratische Gesellschaft, in der Funktionäre keine Privilegien haben, genaue Rechenschaft ablegen müssen und jederzeit Wähl- und Abwählbar sind. Eine solche sozialistische Demokratie will die SAV erkämpfen.

Mach mit!

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.



- freie Auswahl -

Keine Stimme den Faschisten!

Korruption, Vetternwirtschaft ständig gibt es bei den etablierten Parteien neue Skandale. Keine der bürgerlichen Parteien kann von sich behaupten eine reine Partei zu haben ohne rot zu werden.

Dazu dann noch der in zwischen fast gewohnte Sozialabbau. Keine Wunder, dass sich angesichts der bevorstehenden Neuwahlen in Berlin viele fragen, welche Partei man denn überhaupt noch wählen kann.

von Doreen Ullrich

Nazis kandidieren

Im Wahlkampf werden gerade auch faschistische Organisationen versuchen sich als die Alternative zum Establishment darzustellen und damit auf Stimmenfang gehen. So ist der neuste Slogan der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschland): „Wir sind die echte Opposition“. Sie kandidiert zu den Berliner Wahlen unter anderem mit ihrem Bundesvorsitzenden Udo Voigt.

Außer der NPD werden zumindest auch die Republikaner Kandidaten aufstellen. Neben einigen anderen Wahlkampfaktivitäten soll es am 3. Oktober einen bundesweiten Aufmarsch, organisiert von verschiedenen faschistischen Organisationen, geben.

Platte Parolen sonst nix

Doch die Nazis haben den etablierten Politikern nichts Wirkliches entgegenzusetzen. Die

NPD schwingt zwar antikapitalistische Sprüche und platte Parolen wie „Arbeit statt Profite“, guckt man sich aber ihr Programm an wird man nichts Konkretes finden wie denn Arbeitsplätze geschaffen werden können oder wie man die Macht der Banken und Konzerne brechen kann. Im Gegenteil in ihrem Parteiprogramm bekennt sich die NPD zum „freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“. Aber wir sehen was „freies Unternehmertum“ bedeutet: Abbau von Arbeitsplätzen, Aufbrechen der Tarifverträge und Einschränkung von sozialen Leistungen, Kürzungen in allen Bereichen. Das Unternehmertum kann man nicht „sozialverpflichten“!

Die NPD und alle anderen faschistischen Organisationen haben kein wirkliches Interesse daran den Großkonzernen an den Kragen zu gehen. Im Gegenteil: Mit Parolen wie „Arbeit zuerst für Deutsche“ soll ein Keil in die Arbeiterbewegung getrieben werden – zum Nutzen der Herrschenden.

Letztlich ist ihr Ziel die Zerschlagung aller demokratischer Rechte, aller Arbeiterorganisationen und der Aufbau einer faschistischen Diktatur.

Das heißt die Politik der Nazis richtet sich immer gegen uns ArbeiterInnen, Jugendliche und RentnerInnen. Letzten Endes sind die Nazis nur die Büttel der Herrschenden. Sie sollen Linke, GewerkschafterInnen und Nichtdeutsche einschüchtern, sie davon abschrecken sich gegen die von den etablierten Parteien betriebene Politik für Banken und Konzerne zu organisieren.



Am 7. Oktober 2000 demonstrieren 10.000 Menschen gegen die NPD-Bundeszentrale in Köpenick. Die NPD setzt zum Marsch in die BVV an. Am 3. Oktober planen sie einen Aufmarsch in Berlin. Dem müssen wir uns entgegenstellen.

Naziaktivitäten verhindern!

Es wird Zeit die braunen Rattenfänger zu stoppen. Dem Nazitreiben muss ein Ende gesetzt werden. Ihr Ziel ist die Abschaffung aller demokratischer Rechte. Deshalb darf es keine öffentliche Plattform für die Faschisten geben. Ihren Wahlkampf dürfen sie nicht einfach so durchführen können. Es ist notwendig Naziaufmärsche wie am 3. Oktober zu verhindern. Überall dort wo die Faschisten auftreten, müssen sie durch Massenmobilisierungen gestoppt werden.

Es ist gerade die Aufgabe der Gewerkschaften und der PDS, die sich selbst als antifaschistisch verstehen, die Faschisten in ihre Löcher zurückzudrängen.

Sie haben die Massenbasis um zu großen Gegenemonstrationen aufzurufen und zu mobilisieren.

Die SAV steht für Massenmobilisierung gegen den Naziaufmarsch am 3. Oktober und gegen alle Aktivitäten der Faschisten. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, sämtliche Wahlkampfaktivitäten der Nazis zu verhindern.

Doch auch nach den Wahlen und selbst nach einem eventuellen Verbot der NPD werden die Nazis weiter ihr Unwesen treiben. Deshalb muss auch der Kampf gegen sie weiter gehen. Immer noch existiert die NPD-Zentrale in Köpenick. Es wird Zeit das wir die Faschisten von dannen jagen.

Gemeinsamer Kampf gegen Nazis und Sozialabbau

Es reicht aber nicht aus nur allein gegen Nazis zu kämpfen. Heute können die Nazis sich erfolgreich aufbauen indem sie platte Parolen gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit bringen. Gerade in den sogenannten „national befreiten Zonen“ können die Nazis nur so stark anwachsen weil sie Scheinantworten auf die Probleme von uns hier unten geben und weil keine Alternative von links angeboten wird. Um den Nazis den Nährboden zu entziehen, ist deshalb eine Verbindung vom Kampf gegen Nazis mit dem Kampf gegen die soziale Krise notwendig.

Die SAV steht für einen gemeinsamen Kampf von Nichtdeutschen und Deutschen, nicht nur gegen Faschisten und Rassismus, sondern auch gegen Sozialabbau, Privatisierung und für Arbeit für alle.

Der Afro-Amerikanische Kämpfer gegen die Unterdrückung der Schwarzen, Malcom X sagte einmal: „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus“. Nur in einer geplanten Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle der Arbeiterinnen und Arbeiter, in der die sozialen Nöte und Ängste der Menschen beseitigt sind, werden Rassisten und Faschisten keinen Nährboden für ihre Propaganda mehr finden können. Also gilt es, den Kampf gegen Nazis mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden.

Naziaufmarsch am 3. Oktober stoppen!

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse

Göteborg, Genua... Brüssel!

Die nächste Station der antikapitalistischen Bewegung wird eine Demonstration gegen den nächsten EU-Gipfel in Brüssel am 14. Dezember 2001 sein. Die Sozialistische Alternative – SAV und viele Gruppen von Widerstand International (WI) haben schon beschlossen, eine Kampagne zur Mobilisierung nach Brüssel durchzuführen. Flugblätter und Plakate zur Mobilisierung werden ab September erhältlich sein.

Zeigen wir den Reichen und Mächtigen, dass sie uns nicht einschüchtern und nicht stoppen können.

Auf nach Brüssel! Infos: 030 - 440 84 29